

Groß-Berlin“: von früheren Stadt- und Landgemeinden zu den heutigen Berliner Bezirken Lichtenberg sowie Steglitz-Zehlendorf

*Beschreibung eines Seminars, das am 04.-06.03.2022
im weiterbildenden Fernstudium „Historische Stadt“ stattfand*

Grundgedanke eines Seminars, das am 4.-6.3.22 in Berlin stattfand, war es gewesen, dass diese große Stadt mehr zu bieten hat als eine attraktive Stadtmitte. Bereiche, die eine eigene Identität und Geschichte sowie zumeist zentrale Qualitäten aufweisen, finden sich fast überall im Stadtgebiet. Infolge von Corona konnte die Veranstaltung erst im dritten Anlauf stattfinden. Der ursprüngliche „Aufhänger“, der 100. Jahrestag des Groß-Berlin-Gesetzes, war da schon wieder Vergangenheit: Das Gesetz war am 27.04.1920 beschlossen worden. Groß-Berlin entstand aus einem Sammelsurium unterschiedlicher Gebietskörperschaften, unter ihnen mehrere große Städte, das Stadtgebiet vergrößerte sich von 66km² auf 878km². Im Rahmen eines zweistufigen Verwaltungsaufbaus wurden Bezirke gebildet. Verglichen mit kommunalen Gebietskörperschaften sind Bezirke nur begrenzt eigenständig, verfügen aber doch über einige wesentliche Elemente kommunaler Demokratie. Zwei Bezirke – Steglitz/Zehlendorf und Lichtenberg – sollten bei dem Seminar besucht werden. Der Freitagnachmittag war zunächst Vorträgen vorbehalten, die im Tagungshaus des Evangelischen Diakonievereins in Zehlendorf stattfanden.



*Die denkmalgeschützte Villa Holz Hüter in der Curtiusstraße in Lichterfelde
Foto: Birgit Kullack*

Das Thema eines Vortrags von Prof. Dr. Dieter-J. Mehlhorn war mit „Städtebauliche Entwicklung Berlins im 19. und 20. Jahrhundert“ relativ weit gefasst. Für diese Entwicklung, so Herr Mehlhorn, war u. a. der 1794 im Rahmen einer Neuordnung des preußischen Landrechts definierte Grundsatz der Baufreiheit wesentlich: „Man darf auf einem Grundstück bauen, soweit keine Regelung entgegensteht.“ Später stärkte das preußische Baupolizeirecht die Stellung des Polizeipräsidenten und beschränkte die Steuerung des baulichen Geschehens auf den Aspekt der Schadensabwehr. So wurden Mindeststandards erlassen, die für den

Einsatz der Feuerwehr unabdinglich waren. Dennoch machte das Wachstum der Stadt um die Mitte des 19. Jh. öffentliches Eingreifen und Lenken der Entwicklung unabdinglich. 1862 legte der nach seinem Verfasser benannte Hobrecht-Plan für einen breiten Stadterweiterungsgürtel ein Straßensystem mit Ver- und Entsorgungsleitungen sowie bauliche Fluchtlinien fest. Ausmaß sowie Art und Weise der Bebauung innerhalb der so entstehenden Blöcke sowie die Verkehrsinfrastruktur der damals eng bebauten Stadtmitte blieben außerhalb des Plans. Investoren und Spekulanten, eine auf minimale Belange beschränkte „Bauordnung“ und eine Abgabenregelung, die baulicher Verdichtung ebenfalls Vorschub leistete, ließen Berlin zur riesigen Mietskasernenstadt werden. Ob bzw. inwieweit dies Hobrecht anzulasten sei, wurde im Anschluss an den Vortrag diskutiert.

Eingangs hatte Dr. Ortwin Pelc über „Groß-Berlin und die territorialen Neuordnungen in Deutschland“ referiert. „Es war ein Großraum gewesen, in dem nicht gut zusammengearbeitet wurde,“ so

Herr Pelc über die Verhältnisse vor dem Groß-Berlin-Gesetz. Manchen Interessen lief das Gesetz trotzdem zuwider, von diesen gab es Kritik („Großstadt-Imperialismus“). Territoriale Neuordnungen gab es auch anderswo, so veranlasste der preußische Staat im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in den 20er Jahren viele kommunale Gebietsveränderungen. Auf diese Weise gelangten etwa Gelsenkirchen und das durch Zusammenlegung entstandene Wuppertal zu Größenordnungen von mehr als 300.000 bzw. 400.000 Einwohnern. Auch im Fall von Hamburg wurde viel diskutiert und lange Zeit nichts entschieden. Das änderte sich mit der Herrschaft der Nationalsozialisten, 1937 wurde das Groß-Hamburg-Gesetz beschlossen. Altona, Harburg und Wandsbek kamen zu Hamburg, im Gegenzug u.a. Cuxhaven, Lübeck, das seine Staatlichkeit verlor, und der Kreis Eutin zu Preußen.



Vorg.-Art	Op.-Vorg.	XV/6414/80
Deckname	"Assistent"	
IM-Art/Delikt	14	
Angelegt am	18.11.80	MfS
Abt./KD	XX/5	Mitarb. Vogel
Beendet am		BV/Verw. Archiv-Nr. 1076/99 Nicht gesperrt 17394/91
Datum	Art der Veränderung	
3.12.82	an MfS, HA XX/9 Klein	

Form 22 440 773 50.0

Oben: Zur Aufarbeitung gebündelte Stapel von Unterlagen, wie sie auf vielen Schreibtischen der MfS-Mitarbeiter vorgefunden wurden



Unten: „Kunst im Bau“ in der ehemaligen Stasi-Zentrale



Über die politische Situation in dem 1920 im Rahmen von Groß-Berlin geschaffenen Bezirk Zehlendorf referierte die Kulturwissenschaftlerin Heike Stange, u. a. beschrieb sie den vom Bezirk vorangetriebenen, vom Magistrat von Berlin aber äußerst zäh und wechselvoll behandelten Rathausneubau in Zehlendorf. Verglichen mit dem benachbarten damaligen Bezirk Steglitz war der Bezirk Zehlendorf klein, verfügte über nicht viel mehr als ein Viertel der Einwohner. Was nicht bedeutete, dass es hier ein größeres Maß an Gemeinsamkeit gegeben hätte, die Bewohnern der nun zusammengefügt Orte Zehlendorf, Dahlem, Nikolassee und Wannsee identifizierten sich wenig mit dem neuen Gebilde. Die Situation wurde erschwert, indem die Bezirksverwaltung über den gesamten Bezirk verstreut untergebracht war. Im April 1923 beschloss die Bezirksversammlung den Bau eines neuen Rathauses. Der Bau verzögerte sich aufgrund fehlenden finanziellen Rückhalts durch die Stadt Berlin immer wieder, erst im April 1929 fand die Einweihungsfeier statt. Die Baugeschichte sei „eine rechte Leidensgeschichte“ gewesen, so einer der Redner bei dieser Feier. Für eine repräsentative Innenausstattung mussten private Geldgeber gefunden werden. Beispielsweise konnten vermögende Unternehmer aus Zehlendorf dafür gewonnen werden.

Jörg Kluge, Teilnehmer am weiterbildenden Fernstudium „Historische Stadt“, referierte über den 1917 eingesetzten „Bürgerschaftsverband Groß-Berlin“. Dieser habe auf dem Weg zum Groß-Berlin-Gesetz eine zentrale Rolle gespielt. 1912 war der Zweckverband Groß-Berlin eingerichtet worden. Der Zweckverband setzte sich zwar erfolgreich für einzelne übergreifende Belange wie den Ankauf großer Waldflächen oder die Vereinheitlichung des Straßenbahnbetriebs ein, war aber zu dem erforderlichen umfassenden Ansatz nicht in der Lage. Die Hauptinitiatoren des Bürgerausschusses waren Adolf Wer-muth, der damalige Oberbürgermeister der Stadt Berlin, sowie Alexander Dominicus, seit 1911 Oberbürgermeister der Stadt Schöneberg. Beiden war bewusst, dass es vor allem um öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung für das Anliegen gehen musste, und so waren stadtbekanntere Persönlichkeiten wie Carl Friedrich von Siemens für den Ausschuss zu gewinnen. Dessen Aufgaben wurden in einem Einwirken auf gesetzgebende Körperschaften und politisch-administrative Akteure der verschiedenen Ebenen sowie in der Verbreitung des Groß-Berlin Gedankens gesehen. Es fanden Vorträge statt, die in Schriften des Bürgerausschusses veröffentlicht wurden.

Am Samstagmorgen machte sich die Gruppe relativ früh auf den Weg nach Lichtenberg. Führungen über das Gelände der früheren Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit und ein Besuch der Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs vermittelten eine Vorstellung von Umfang und Arbeitsweisen des ehemaligen Geheimdienstapparats. Mit eigenen Versorgungseinrichtungen – in der auch so schon besser gestellten „Hauptstadt der DDR“ – war es eine Welt für sich gewesen. Hier galt der Grundsatz der Konspiration, also der Geheimhaltung und Verschleierung, nach außen und ebenso nach innen hin, indem z. B. durch gestufte Verlinkung von Karteikarten nicht an jeder Stelle der Informationsketten erkennbar war, welche Person mit ihrer Akte hinter der jeweiligen Nr. bzw. dem Decknamen standen.¹ Dass diese ganze Verschleierung durch den in Gang gekommenen Umbruch auffliegen würde, sah die Stasi Ende 1989 auf sich zukommen und machte sich daran, Akten zu vernichten. Als engagierte Bürger am 15.01.1990 die Stasi-Zentrale besetzten, waren bereits tausende Säcke mit zerrissenem oder durch den Reißwolf gegangenem Papier gefüllt. Hoffnungen, die Fragmente im großen Stil zu kombinieren, haben sich bislang nicht erfüllt.

Eine Zentrale ganz anderer Art stellt das Nachbarschaftshaus Orangerie der Kiezspinne FAS e.V. dar, das zur Gestaltung des sozialen Lebens im Wohngebiet Frankfurter Allee Süd, einer Großsiedlung in Plattenbauweise, beitragen soll. Geschäftsführer David Fiebelkorn D’Almeida e Silva stellte vor, was 60 Mitarbeitende, 200 Ehrenamtliche, 100 Vereinsmitglieder „auf sehr vielen verschiedenen Ebenen“ bewerkstelligen. Das größte Problem in der Gemeinwesenarbeit bestehe darin, „Leute zu erreichen“, wobei vor allem „die etwa 500 Leute, die sich hier zu Hause fühlen“, wichtig seien und als eine Art Multiplikatoren wirkten, indem sie weitere Personen ansprechen oder sogar mitbringen. Hinsichtlich der Finanzierung konstatierte der Geschäftsführer ein „Puzzlespiel von Geldgebern“: Europäischer Sozialfonds, Berliner Senat, Bezirk Lichtenberg. „Den Bezirksbürgermeister sehe ich pro Jahr bestimmt 20-25mal!“ Die Hälfte der Projekte² werde vom Senat finanziert, bei diesen sei der Freiraum hinsichtlich der Verfügung über die Mittel etwas größer.

¹ Interessant auch die in dem Archiv ausgegebenen „Dokumentenhefte“, z. B. „Das geteilte Berlin und die Stasi“ oder „Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig“. Letztere Broschüre dokumentiert anhand ausgewählter Schriftstücke der Stasi-Unterlagen-Behörde die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit den Defiziten des politischen Systems. Die Stasi reagierte auf entsprechende „Vorkommnisse“, auf „feindlich-negative Aktivitäten“, mit „Disziplinierungsgesprächen“ und Verhaftungen. Bemerkenswert ist der objektivierende, fast wissenschaftliche Sprachgebrauch in den Dokumenten, wie er auch in der Klassifizierung der verschiedenen Kategorien des eigenen Tuns als „operative Maßnahmen“ zum Ausdruck kommt und der sich Wertungen wie die von Flugblättern als „Hetzschriften gegen die Wahl“ eher selten erlaubt (S. 42). Die Stasi registriert, dass die Vernachlässigung der Altbausubstanz unter den Anlässen und Motiven für die allgemeine Unzufriedenheit einen wesentlichen Raum einnimmt (S. 32, S. 57).

² Der gemeinnützige Verein Kiezspinne FAS e.V. nennt folgende Projekte, die neben zahlreichen weiteren Angeboten im Nachbarschaftshaus und an weiteren Standorten durchgeführt werden: Katjuscha, Nachhilfeunter-



Repräsentative Eckhausbebauung im Lichtenberger Victoriakiez, Foto von Birgit Kullack, aufgenommen beim Rundgang mit Stadtführer Stefan Welke

Rainer Bosse, der ehemalige und langjährige Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg, setzte in seinem Vortrag andere Schwerpunkte, als es die Steglitz-Zehlendorfer Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport Cerstin Richter-Kotowski vor allem aus der Warte einer Bezirksbürgermeisterin, die sie bis vor wenigen Wochen gewesen war, am Freitagabend getan hatte. Neben den bezirksspezifischen Problemlagen und Restriktionen waren es u.a. die Folgen einer immer weiter fortschreitenden Reglementierung des Bauens, u.a. durch Vorschriften des Denkmal- und Naturschutzes, gewesen, die die Politikerin pointiert zum Ausdruck brachte. (Das von ihr ge-

nannte Stichwort „Zauneidechse“ wurde noch später zitiert.) Daraus würden hohe Kosten und lange Verfahren resultieren: „Irgendwann müssen Sie eine Entscheidung treffen: entweder steht hier ein Haus, oder ein Baum – was Anderes geht nicht!“ Immer wieder kritisierte sie auch Koordinierungsdefizite sowie die Zerstückelung von Verantwortungsbereichen: „Das ist das, was ich kritisiere, dass immer nur der eigene Bereich gesehen wird.“ In der Theorie sei die Senatsverwaltung für übergeordnete Fragen zuständig, beispielsweise beim Straßenbau für die Hauptverkehrsstraßen, während die Nebenstraßen dem Bezirk obliegen. Die Abgrenzung falle aber schon bei den Kreuzungen schwer.

„Das schlimmere Problem beim Bauen ist“, meinte hingegen Rainer Bosse, „Sie bekommen keinerlei Informationen über Grundstücksverkäufe.“ „Die Stadtentwickler in den Bezirken sind eigentlich keine Stadtentwickler, weil sie nicht über die Flächen verfügen.“ Der Bezirksverordnetenversammlung werde dennoch zugemutet, die betreffenden Bebauungspläne am Ende zu beschließen. (Die Bezirksverordnetenversammlungen der zwölf Bezirke sind nach der Verfassung von Berlin Teil der Bezirksverwaltung. Aufgaben der BVV sind die Kontrolle des Bezirksamtes sowie die Anregung von Verwaltungshandeln. Die 55 Bezirksverordneten sind ehrenamtlich tätig, erhalten aber eine Aufwandsentschädigung. Die Unterlagen der monatlichen Sitzungen, vorbereitet durch solche der verschiedenen Ausschüsse, sind umfangreich, so umfasste die Aktenmappe zu den etwa 80 Tagesordnungspunkten der 5. Sitzung in der IX. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg von Berlin nicht viel weniger als 400 Seiten.)

Die Verantwortlichkeit auf Bezirksebene müsse gestärkt werden, meinte Frau Richter-Kotowski, etwa so: „Wir geben euch die Summe x und ihr entscheidet, welche Straßen ihr sanieren wollt.“ Demgegenüber sei die Situation durch oft fragmentierte Programme gekennzeichnet: Frau Richter-Kotowski erwähnt das Beispiel eines Schlaglochanierungsprogramms („Sie stellen einen Antrag, und dann ist das Jahr vorbei!“) oder das eines Fassadensanierungsprogramms („aber wenn Sie die Heizung sanieren wollen, das ist schon wieder was Anderes“). Trotzdem: Mit rund 2000 Mitarbeiter*innen decke der Bezirk eine große Bandbreite ab: „Wir sagen immer, wir sind an der Front“, auf dem Friedhof genauso wie im Gesundheitsamt. Der Bezirk bekommt ein „Globalsummenbudget“ von etwa 500 Mill. €, wovon etwa 100 Mill. € auf Personal entfallen. Nur 11 Mill. € sind frei verfügbar.

richt für Migrantenschüler; Kinderhaus NAPF, ein Ort der Begegnung für Kinder ab 5 Jahren; Kotaktstelle PflegeEngagement; Die Lücke, Medienkompetenzzentrum; MehrGenerationenHaus; Schülerclub Lichtpunkt, u.a. zur Erweiterung sozialer Kompetenzen; Selbsthilfekontaktstelle Synapse; Seniorentreff; Sozialberatung; Stadtteilwerkstatt



Rathaus Steglitz mit umgebendem Einkaufszentrum

Foto: Birgit Kullack

Identifizieren sich die Bürger mit Ihrem Bezirk? Eher schon mit dem betreffenden Kiez, meinte Frau Richter-Kotowski: „Ein Zehlendorfer, der in die Schloßstraße fährt [also nach Steglitz], sagt: ‚Ich fahre jetzt in die Stadt!‘“.³ Genau dorthin begab sich die Seminargruppe und stand am Schluss des Seminars mit ihrem Stadtführer Wolfgang Holtz in einer zur Steglitzer Matthäus-Kirche führenden Grünfläche, in Sichtweite ringsum

- das 1898 für die damalige Landgemeinde erbaute Rathaus Steglitz, eingerahmt durch das 36.000m² Verkaufsfläche große Einkaufszentrum „Das Schloss“
- der aus den 70er Jahren stammende Gebäudekomplex des Steglitzer Kreisels sowie
- das Gutshaus Steglitz („Schloß“) mit dem kleinen Schlosspark Theater,

und in Hörweite der Verkehr auf der Schloßstraße, deren überörtliche Funktion als Bundesstraße 1 an dieser Stelle von dem hinter dem Kreiselliegenden Autobahnast A 103 übernommen wird. Die im Steglitzer Kreiselliegende Bezirksverwaltung sei 2007 infolge einer Asbestverseuchung aus dem 120m aufragenden Hochhaus ausgezogen, so der Heimatforscher, dem es deutlich näherlag, sich statt der mit Affären und Pannen behafteten Großimmobilie mit der in den Boden eingelassenen Umrissmarkierung der Dorfkirche von Steglitz, 1881 abgebrochen, zu befassen und auch auf die frühere landwirtschaftliche Beschaffenheit eines Areals mehrfach hinzuweisen, das innerhalb weniger Generationen mit S-Bahn-, U-Bahn-, Autobahnanschluss, diversen Busverbindungen und der



Links: Berlin-Normannenstraße, Stasi-Zentrale, Rechts: in Lichterfelde Fotos: Ortwin Pelc

³ Dabei dürfte die Kommunalpolitikerin den Ortsteil Zehlendorf gemeint haben, nicht das größere Gebiet des früheren (bis Ende 2000) Bezirks Zehlendorf.

entsprechenden Überbauung zu beträchtlicher Zentralität aufgepoppt war. Diese Entwicklung war vermutlich auch der Selbstwahrnehmung und politischen Artikulation auf Seiten eines Gemeinwesens vorausgeeilt, das mit 80.000 Einwohnern die größte Landgemeinde Preußens gewesen war, institutionell also immer noch ein Dorf, bevor es 1920 vom Landkreis Teltow als neuer Bezirk Steglitz in den gesamtstädtischen Kontext Groß-Berlins überwechselte.⁴

Der Besichtigung des städtischen Zentrums Steglitz vorausgegangen war eine Führung durch Lichterfelde-West. Die Gruppe hatte sich mit Wolfgang Holtz am dortigen S-Bahnhof getroffen, welcher an der Strecke zwischen Berlin und Potsdam liegt, bereits 1838 eröffnet als erste Eisenbahnstrecke in Preußen. Für den Hamburger Immobilienunternehmer Johann Anton Wilhelm von Carstenn war die verkehrsgünstige Lage 1865 ausschlaggebend gewesen für die Planung einer Villenkolonie mit langgestreckten Alleen, kleinen Plätzen und größeren Grundstücken, auf denen in einem Sammelsurium von Baustilen Villen entstehen sollten. Indem er auch den Bau der preußischen Hauptkadettenanstalt förderte und zudem Kasernenbauten errichten ließ, wandte er sich u. a. an Offiziere und höhere Beamte als künftige Bauherren. Und wie lebten die Bewohner in damaligen Zeiten, was bot sich dem Blick aus den Gärten – ein eher langweiliges und ereignisloses Bild, ähnlich wie heute? Nein, das war anders, so der lokale Experte Wolfgang Holtz auf die etwas provokante Frage, es habe viel Dienstpersonal gegeben, und zur Versorgung mit Waren und Dienstleistungen mussten viele Wege zurückgelegt werden, auch zu Fuß. Just durch diese Straße, wo sich die Gruppe gerade befand, sei eine Straßenbahn verlaufen.

Es handelte sich übrigens um die erste dauerhaft elektrisch betriebene Straßenbahn der Welt ...



Von Gustav Lilienthal entworfene Villa im neogotischen Stil in Lichterfelde

Ablauf:

Freitag, 04.03.2022

15:00 Uhr: Dr. Ortwin **Pelc**, „Groß-Berlin und die territorialen Neuordnungen in Deutschland“

16:00 Uhr Vortrag Heike **Stange**: „Im Spannungsfeld von dem Bezirk Zehlendorf und der Stadt Berlin - Politik nach dem Groß-Berlin Gesetz 1920“

17:00 Uhr: Jörg **Kluge**: Referat über den 1917 eingesetzten „Bürgerausschuß Groß-Berlin“

18 Uhr Abendessen im Tagungshaus

19 Uhr: Vortrag Frau Cerstin **Richter-Kotowski**, stv. Bezirksbürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport, über Aufgaben und Handlungsspielräume der Arbeit auf Bezirksebene

20 Uhr Vortrag Prof. Dr. Dieter-J. **Mehlhorn**: Städtebauliche Entwicklung Berlins im 19. und 20. Jahrhundert

⁴ Das Dorf Steglitz wurde wohl wie die umliegenden Dörfer im 13. Jahrhundert gegründet und gehörte zu Teltow. Seinen Aufschwung erlebte es ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Ausschlaggebend hierfür waren der Ausbau der Straße vom Berliner Schloss zur Sommerresidenz Sanssouci in Potsdam ... zu einer Chaussee und später vor allem die Einrichtung einer Bahnstation an der Verbindung Berlin – Potsdam (heutige S-Bahnlinie 1). Steglitz blieb stets ein Dorf, bis es 1920 in Groß-Berlin eingemeindet wurde. <https://matthaeus-steglitz.de/ueber-uns-2/geschichte-der-gemeinde/>

Samstag, 05.03.2022

8:30 Uhr Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Lichtenberg

10 Uhr Besuch des Stasi-Unterlagen-Archivs in Berlin-Lichtenberg, Ruschestr. 103, 10365 Berlin. Führung durch Frau Dr. Ines **Oberling**

12:30 Uhr Fußweg zum Stadtteilzentrum „Kiezspinne“ (1,3km)

13 Uhr Begrüßung und Vorstellung des Stadtteilzentrums durch N.N.

Ort: Saal Seerose der Kiezspinne, Schulze-Boysen-Str. 38, 10365 Lichtenberg

13:30 Uhr Imbiss

14:00 Uhr Erörterung mit Herrn Rainer **Bosse**, langjähriger Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg von Berlin, über Aufgaben und Handlungsspielräume der Arbeit auf Bezirksebene

15:30 Uhr Führung durch den Ortsteil Rummelsburg mit Herrn Stefan **Welke**:

- durch den auf 3 Seiten von Bahnanlagen umschlossenen Victoriakiez
- zur Erlöserkirche, die in den letzten Jahren der DDR ein Ort für nicht angepasste Aktivitäten war (Friedenswerkstatt, Offene Arbeit mit Punkern, Blues-Messe u.a.). Die Grundsteinlegung durch Kaiserin Auguste Victoria fand 1890 im Rahmen eines großangelegten Kirchenbauprogramms statt
- zur Rummelsburger Bucht, wo es u.a. um die ehemalige Haftanstalt Rummelsburg, um Industriegeschichte und um Drehorte des DEFA-Films „Die Legende von Paul und Paula“ gehen wird

18:10 Uhr Fahrt mit S3 vom Bahnhof Rummelsburg zum Bahnhof Friedrichstraße



Lichtenberger Erlöserkirche, Ort des Widerstands gegen die SED-Herrschaft. Dort fanden Jahre vor der Wende viele regimekritische Veranstaltungen statt, z.B. „Friedenswerkstätten“, Umweltgruppen. Die Kirche hat damit „einen erheblichen Anteil an der Herausbildung einer revolutionären Situation in der DDR“ (Text einer Infotafel)

18:45-21:15 Uhr Abendessen im „Polit-Kult-Lokal“ Ständige Vertretung, Schiffbauerdamm 8, 10117 Berlin-Mitte

Sonntag, 06.03.2022

10 Uhr: Rundgang durch Lichterfelde-West und Steglitz mit Herrn Wolfgang **Holtz**

Treffpunkt: S-Bahnhof Lichterfelde-West

13 Uhr: Ende des Seminars